

# Dresdner Volkszeitung

Postkassendirektion: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altsadt

Abonnementpreis: (schreibend einschließlich Frangierlohn vom 1. bis 15. August) 60 000,- M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 28 000,- M., Einzelnummer 4 000,- M.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6 gespaltenen Nonpareilzeile 2 000,- M., auswärts 4 000,- M., die 6 gespaltenen Reklamezeile 25 000,- M., auswärts 30 000,- M., Auslands 20 000 u. 60 000 M. bei mehrmalig. Auftrags-Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 2 000 M.

Nr. 178

Dresden, Donnerstag den 2. August 1923

34. Jahrg.

## Geister der Verwirrung

R. P. D., Nationalismus und Antisemitismus

Auch diejenigen sozialdemokratischen Blätter Sachsens, die bisher zu manchem Unfug der Kommunisten geschwiegen haben, weil es Nötigeres zu tun gab, hielten es vor dem Antifaschistentag für geboten, der Arbeiterschaft einiges über die Zweideutigkeit dieses kommunistischen Nummels zu sagen. Diese Zweideutigkeit besteht in dem Werden der R. P. D. um die „ehelich nationalen Kreise“. Auch wir haben uns genötigt, der Frage einmal die Schelle umzuhängen und dieses kommunistische Kapitel, das mit der Verherrlichung des reaktionären Vandalenführers Schlageter durch Nabel begünstigt und mit einem regelrechten Bündnisangebot an die ehelich nationalistischen Kreise weiter ging, in noch rückfälliger Weise zu kennzeichnen. Das hat der kommunistischen Presse Sachsens begreiflicherweise nicht gefallen. Sie zieht in einem Artikel über die sozialdemokratische Presse Sachsens her und will mit der Behauptung, die R. P. D. habe am Antifaschistentag versagt, das eigene Fiasko abschwächen. Nur eins kann die kommunistische Presse nicht bestreiten, daß nämlich die R. P. D. gegenwärtig versucht, „eine geschäftliche Agitationstätigkeit unter diesen national gesinnten Massen“ zu betreiben, denn es kommt darauf an, die breiten berechneten Massen des Kleinbürgertums zum Kampf gegen das Großkapital zu gewinnen.

Wir haben schon einmal erwähnt, daß diese Verberbung für die Arbeiterbewegung selbstverständlich ist. Aber es kommt darauf an, mit welchen Mitteln man sie betreibt. Die Mittel, die neuerdings von der R. P. D. in Anwendung gebracht werden, stärken unserer Ansicht nach den Faschismus, aber schwächen ihn nicht. Die R. P. D. erklärt sich bereit, den Kampf gegen die Entente mit allen Mitteln zu betreiben. Dieser kriegerisch drapierte Gedanke ist die eine Nährquelle des Faschismus, die andere trübe Quelle ist der Antisemitismus. Und auch in diesem Punkte macht die R. P. D. den Kleinbürgerlichen Massen, die sie gewinnen will, die bedenklichsten Konzeptionen. In einem Artikel drückt sie davon, daß sich „die jüdischen Kapitalisten gewöhnlich durch Ausbeutung des deutschen Volkes mühen“. Sollte diese Behauptung den christlichen R. P. D.-Kreisen, an die wir uns mit dieser Auseinandersetzung wenden, noch nicht genügen, so wollen wir für diesen Fall hier eine weitere Stilprobe hersehen. Die Rote Fahne, die sich schon unlängst über die jüdische Abkunft, die gebogene Nase und den Normannen Hidsch der Oberregierungsrats Weich ausbreitete, propagiert in ihrer Montagsausgabe vom 23. Juli folgenden Satz:

„Die gleichen Freikorpsführer, die heute zum Sturz gegen das Proletariat rufen, schloßen 1919 im Auftrage Roskes die jüdischen Schergenheiten vor den Häupten der Spartaisten.“ (Im Original setzgedruckt.)

Es folgen Verbeugungen vor den „ehelichen Elementen“ unter den Freikorps, und die jüdischen Schergenheiten, die hier die Rote Fahne meint, sind demokratische Blätter wie Berliner Tageblatt, Volkische Zeitung usw. Wir könnten es uns leicht machen mit einigen ironischen Redensarten von der arischen Herkunft Nabels, Mitarbeiter der Roten Fahne, Lenins, Trozkis und anderer Sowjetgewaltiger. Aber uns kommt es nur darauf an, festzustellen, daß die Kommunisten sowohl dem Nationalismus wie dem Antisemitismus die übelsten Konzeptionen machen. Damit schwächt man den Faschismus nicht, damit härt man ihn und trägt Verwirrung in diejenigen Arbeiterkreise, die über diese Dinge noch nicht genügend aufgeklärt sind. Und wenn die kommunistische Presse behaupten will, Nabels heinliche Verherrlichung eines Faschisten wie Schlageter habe einen gewaltigen Eindruck gemacht, so sollen sie uns sagen, bei wem. Der sozialdemokratischen Arbeiterschaft wurde davon speiübel, und für die größere völkische Presse hat sich jüngst Laurenbrecher in der Deutschen Zeitung so deutlich ausgesprochen, daß der Eindruck bei der R. P. D. allerdings „gewaltig“ kein sollte. Dieses völkische Gepörrchen seit den Kommunisten regelrecht in die hingehaltene Hand und erklärte: erfens schwort euren Internationalismus ab, ehe ihr euch an die nationalen Kreise wendet; zweitens beseitigt die Sowjetdiktatur, ehe ihr zum Freiheitskampf gegen die Entente auftritt; drittens legt die jüdischen Sowjetführer ab und jagt euch von ihnen los, ehe ihr gegen den Kapitalismus wendet.

Die Deutsche Zeitung ist ein reaktionäres Organ von reichlicher Kornartigkeit, aber in diesem Falle war ihre Antwort an die R. P. D. nicht ohne Sinn für das Wesentliche des Nummels. Den Sozialismus vertreten zu wollen wie die R. P. D. und gleichzeitig nationalistische Parolen und antisemitische Redensarten vom Stapel zu lassen, das sind eben Widersprüche, denen auch der stumpfste Reaktionär leicht belohnt. Von einer solchen Laskal wendet sich die sozialdemokratische Arbeiterschaft allerdings mit Geringschätzung ab, und wir können also das Urteil darüber, wer den Faschismus mit lächerlichen Konzeptionen begünstigt und wer ihn bekämpft, ruhigen Gewissens der Arbeiterschaft überlassen.

## Die Angst vor der Erbschaft

Als vor wenigen Tagen auch in den Organen der bürgerlichen Mittelparteien die allgemeine Mißstimmung gegenüber der Regierung Cuno zum Ausdruck kam, sah sich die äußerste Rechte veranlaßt, für den gegenwärtigen Reichsfaschisten anzutreten. Sie hatte hierzu allen Anlaß, denn Deutschland hat seit der Revolution keinen Reichsfaschisten besessen, der durch seine Latenzlosigkeit das Gefühl der Deutschvölkischen und Deutschnationalen so gefördert hat wie Cuno. Die Wehr mußte natürlich unter gewissen Vorwänden erliegen. In ihrer Abneigung gegen das parlamentarische System, dessen Dämon die Herren Deutschvölkischen und Deutschnationalen gerne schufen, wurde deshalb ohne weiteres der Parlamentarismus für die Passivität Cunos verantwortlich gemacht, da ihm durch die Parteien des Reichstags die Hände gebunden seien und er in seiner Handlungsfreiheit gehindert werde. Das Organ der Deutschen Volkspartei, die Zeit, veröffentlicht jetzt gegenüber den Angriffen der deutschnationalen und deutschvölkischen Presse eine Rechtfertigung, in der es u. a. heißt:

„Wie hat ein Reichskabinett seit der Revolution so viel Bewegungsfreiheit und so viel unbeschränkte Aktionsmöglichkeit gehabt wie das Kabinett Dr. Cuno, und zwar bis in die letzte Zeit. Jeder, der die Dinge einigermaßen kennt, weiß das. Das Kabinett Dr. Cuno wird von den Parteien der Arbeitergemeinschaft bis heute unterstützt, und wenn man Kritik an ihm übt, so geschieht es deshalb, weil man glaubt, daß das Kabinett zu wenig aktiv in der letzten Zeit gewesen ist. Es ist also absolut wechselläufig, wenn behauptet wird, daß das Parlament das Kabinett Dr. Cuno gezwungen habe, die Fingel aus der Hand zu geben. Daß sich Dr. Cuno und seine Mitarbeiter des Rates der parlamentarischen Führer bedienten, war selbstverständlich. Die Presse der Rechten weiß aber ganz genau, daß diese Fühlungnahme sich auf sämtliche Parteien erstreckt, und daß der deutschnationalen Dr. Geffertich einer der meistgesehenen Gäste der Reichstagskammer ist.“

Unser wiederholter Hinweis, daß der Staatsstättentworfener Geffertich die Geschäfte des Reiches maßgebend beeinflusst, findet also jetzt eine treffende Bestätigung. In Anbetracht dessen braucht man sich über das, was Cuno seit November vorigen Jahres gegen das deutsche Volk geleistet hat, nicht mehr zu wundern. Die Öffentlichkeit dürfte jetzt auch darüber aufgeklärt sein, warum, wie die Reichspresse immer behauptet, die Verhältnisse in den letzten Monaten vor Kriegsende 1918 der Gegenwart bitter ähneln. Die Reichsregierung erträgt seit Wochen — und zwar mit Heren Geffertich.

Das Schicksalbedürfnis der Reichsregierung wird im Grunde genommen von keiner der Mittelparteien bestritten, wenn es auch mit höflicheren Worten „Friedlichkeit“ genannt wird. Trotzdem versuchen die Mittelparteien, Cuno zu halten, weil jede der Parteien sich dafür fürchtet, diese Erbschaft anzutreten. Vor einigen Tagen hatte die Germania, das führende Zentrumorgan, den Reichstagspräsidenten Cuno gefordert. Jetzt kommt die Zentrumskorrespondenz und warnt vor allen Krisen, denn nach ihrer Meinung „könnte zur Zeit nichts verderblicher sein, als ein Kabinettwechsel, der

erfahrungsgemäß regelmäßig mindestens einige Tage der Verwirrung und Unsicherheit zur Folge hat“. Dann wird die Germania gerüffelt und gefagt:

Zweifellos hat der Artikel der Germania in ihrer Nummer 206 vom 27. Juli vieles Interessante gebracht; er ist ohne Fühlungnahme der Fraktion erschienen. — In den weitesten Kreisen ist man befangen angesichts der trotz allen Mahnungen seit langem andauernden ägernden Haltung der Reichsregierung. Fest und entschlossen ist nach wie vor der Wille der Bevölkerung an Cuno und Meißner, den passiven Widerstand fortzusetzen, ebenso fest und entschlossen der Wille im unbesetzten Deutschland, alles bis zum Neuesten aufzuschieben, um die Bevölkerung an Rhein und Ruhr in ihrem Widerstand wirksam zu unterstützen. Wer es nicht aber ist der Zweifel, ob die Regierung nicht schon lange wirksam hätte eingreifen können. Eine Zeit ist zweifellos der Kabinettbeschlüsse vom Freitag. Sache des Reichstages ist es nunmehr, die Vorschläge der Regierung möglichst rasch zum Gesetz werden zu lassen und — wenn möglich — noch wirksamer auszubauen. Schon längst hätte die Regierung erkennen müssen, daß durch die Verneinung des Geldumlaufs allein der passive Widerstand nicht zu finanzieren ist. — Auf der anderen Seite läßt sich nicht verkennen, daß noch niemals, seitdem das Deutsche Reich besteht, eine Regierung eine so schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe zu lösen gehabt hat wie die gegenwärtige.

Zum Schluß fordert die Zentrumskorrespondenz Opfer von allen, namentlich aber von den besitzenden Kreisen Deutschlands. Und das Zentrum glaubt, daß Cuno die dringend notwendigen Reformen rasch durchzuführen wird, er dessen Berater ein Helferich ist und dem selbst seine Gefolgschaft Langsamkeit und Schläfrigkeit vorwirft? Uns scheint, daß auch die bürgerlichen Parteien schlafen oder daß ihnen die Furcht vor der Cunoschen Erbschaft den Blick benebelt.

### Sozialdemokratische Verhandlungen mit der Reichsregierung

Berlin, 2. August. (Eig. Drahtbericht.) Gestern nachmittags erschienen in der Reichstagskammer Vertreter der sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden und der Reichsregierung. In den Verhandlungen nahmen auf Seiten der Reichsregierung teil Reichstagspräsident Dr. Cuno, Reichsfinanzminister Dr. Herms, Reichswirtschaftsminister Dr. Becker und Wierhausminister Albert. Die Besprechung dauerte bis in die späten Abendstunden. Die allgemeine Aussprache ergab Übereinstimmung über die Ursachen der Finanznot, der abgeholfen werden müsse. Auch die Vertreter der Regierung erklärten, sie seien sich klar darüber, daß in kürzester Frist durch Ausbau des Steuersystems Billionenbeträge zum Nischen gebracht werden müßten, wenn die fürchtbaren Wirkungen der Inflation gelindert werden sollen.

Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden stellten den Regierungsvorlagen die Vorschläge der Partei entgegen. Soweit Differenzen vorlagen, konnten in Einzelheiten von der Regierung verbindende Erklärungen nicht abgegeben werden, weil sich das Kabinett zur Zeit noch mit dieser Vorlage befaßt. In der Beratung wurden auch die Schwierigkeiten der Ernährung hervorgehoben und bringend Abhilfe verlangt.

## Alarm

Auch die Brotversorgung in Gefahr

Die gegenwärtigen Störungen in der Lebensmittelförderung lassen deutlich die zerrütteten Verhältnisse unserer Wirtschaft und das Versagen der vielgerühmten „freien Wirtschaft“ erkennen. Seit Wochen haben wir einen Mangel an Kartoffeln, der in Arbeiterkreisen zu einer harten Plage wird. Dazu gesellt sich das Fehlen anderer wichtiger Lebensmittel: Schmalz, Margarine, das uns wieder an den Jammer der Kriegsjahre erinnert. In der Bevölkerung, es könnte eine allgemeine Nahrungsmittelnot eintreten, wird alles wahllos aufgetauft, um gegen die Katastrophe gesichert zu sein. Die von Tag zu Tag steigenden Preise veranlassen die Hausfrau, soweit es materiell in ihren Kräften steht, den Einkauf von Vorrat zu besorgen, um der weiteren Preisverhöhung zuvorzukommen. Die Warenbestände der Konsumvereine schwinden; im Kleinhandel vollzieht sich ein ähnlicher Vorgang.

Statt in dieser Situation zu handeln, sucht die Regierung der Entwicklung durch „Verhandlungen“ mit den landwirtschaftlichen Organisationen zu begegnen, die bei jeder Gelegenheit beweisen haben, daß ihr Nationalgefühl nur bis an den Geldbeutel reicht. Was helfen dem hungernden Volke die fortgesetzten Zusicherungen der landwirtschaftlichen Organisationen, deren Wirkung wir in den letzten Jahren zur Genüge kennen gelernt haben? Die Verdrängung eines darbenenden Volkes mit leeren Redensarten durch die Organisationen, die sich bisher nur gegen den Staat von heute und gegen die arbeitenden Volkschichten betätigt haben, müssen wir uns ganz entschieden verbiten. Das Volk ist es fahrlässig, die Methode der Verdrängung, es verlangt Taten. Zweifellos ist die Zerrüttung des Marktes nur durch eine Festigung des Marktes zu beseitigen, denn nur so kann der Preis treiberei Einhalt geboten werden. Immer wieder hat die Sozialdemokratie deshalb entsprechende Maßnahmen gefordert, ohne daß die Regierung sich die Fortbringer in ihrer Gesamtheit zu eigen gemacht hätte. Die Regierung Cuno hat darauf verzichtet, entschieden durchzugreifen, eine Sitzungsaktion der Markte so in Angriff zu nehmen, daß sie

Erfolg verspricht. Sie hat ferner nicht daran gedacht, durch wertbeständige Anleihen den Spartassen die Möglichkeit zur Bedienung der Goldkonten zu geben. Denn dann wäre es möglich gewesen, bei Vorauszahlungen der Gehälter und bei Sparrücklagen wertbeständige Anlagen zu finden. Wären die Spargelder von der fallenden Markt unberührt, so war für die Anlage in Sachwerten und die übermäßige Versorgung mit Lebensmitteln kein Anreiz vorhanden.

Schon droht unserm Volk eine neue Gefahr in der Brotversorgung, auf die bereits heute hingewiesen werden muß. Am 15. September wird die Brotmarkte verschwinden. Der Landwirt ist nicht mehr verpflichtet, Getreide abzuliefern. Er wird es verkaufen, wenn es ihm vorteilhaft und zweckmäßig erscheint, oder veräußern, wenn er dadurch noch mehr Gewinn erzielt, als durch die Abgabe an den Getreidehandel. Die Folge wird sein, daß die Zufuhr aus der heimischen Ernte stockt und eine weitere Preissteigerung auf dem Getreidemarkt zu erwarten ist. Bis jetzt schon haben diejenigen Landwirte, die ihr Getreide zurückhielten, einen Preis erzielt, der 25mal so hoch ist als der vom Januar dieses Jahres. Am 14. Juli notierte 4000 000 M. während in Chicago der Weizen mit 6 873 193 Mark gehandelt wurde. Gibt es eine schlimmere Aussicht auf den deutschen Volk, als sie hier getrieben wird? Schämt sich die Reichsregierung nicht, mit den Organisationen, die diese Auswucherung unsers Volkes betreiben, gemeinsame Auftritte zur Verdrängung an das darbenende Volk loszulassen? Kein Mensch kann daran glauben, daß die Landwirtschaft jetzt plötzlich, wie es heißt, die zurückgehaltenen Waren auf den Markt bringen werde. Jedermann muß auf Grund der Erfahrungen aus der Vergangenheit davon überzeugt sein — nur von dem Cuno-Kabinett kann man das nicht erwarten —, daß auch weiterhin mit der Ablieferung der landwirtschaftlichen Produkte zurückgehalten wird. Wir werden auch in Zukunft auf unsern inländischen Getreide sitzen und Devisen aufbringen müssen, um ausländisches Getreide ein-